



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

13. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Einführung von Familienzentren in NRW	2
Einem Bericht durch Minister Laschet schließt sich eine kurze Aussprache an.	
2 Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung	7
Antrag auf Behandlung eine Volksinitiative gem. Art. 67 a der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen Beratungsunterlage Vorlage 14/268	
Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative gem. § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, Herr Martin Wonik, Stellvertreter Herr Wilhelm Müller	
Der Ausschuss hört die Vertrauenspersonen Martin Wonik und Wilhelm Müller an.	

3 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG) 19

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/1149

Ausschussprotokoll 14/172

weitere Stellungnahme 14/351

Zuschrift 14/269

Die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung werden einvernehmlich auf die außerordentliche Sitzung am Donnerstag, 18. Mai 2006, verschoben.

4 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unter-Dreijährigen beschleunigen 19

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/195

Ausschussprotokoll 14/114

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/195 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006 21

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1548

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Verfahrensabsprache im Rahmen eines Obleutegesprächs durchzuführen.

6 Grundüberlegungen des Generationenministeriums für ein Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich (siehe Anlage) 21

Einem Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration schließt sich eine Aussprache an.

- 7 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (1. Schulrechtsänderungsgesetz)** 23
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569
Ausschussprotokoll 14/137
- Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/569 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion in Abwesenheit der Grünen-Fraktion angenommen.
- 8 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)** 24
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1572
- Der Gesetzentwurf der Landesregierung passiert den Ausschuss ohne weitere Aussprache.
- 9 Bundeseinheitlichkeit von Einbürgerungsverfahren herstellen - Nordrhein-Westfalen erteilt CDU/CSU-Innenministern Absage für zusätzliche Tests, Fragebögen oder Kurse** 24
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427
- Der Ausschuss stimmt lediglich über die Antragsformulierung des ersten Spiegelstrichs im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1427 ab. Dieser Spiegelstrich wird abgelehnt.
- 10 Endlich Transparenz bei EU-Agrarsubventionen!** 26
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1560
- Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion darauf, kein Votum abzugeben.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/207
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration		11.05.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-be

Seite

11 Keine Agro-Gentechnik in NRW

27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1559

Der Antrag der Grünen-Fraktion Drucksache 14/1559 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

hingewiesen, dass das MSJK mit den Trägern und Verbänden Gespräche geführt habe, diese Gespräche aber noch nicht abgeschlossen seien. Deshalb, so der Staatssekretär damals, könne die Landesregierung noch keine fertigen Pläne für ein Finanzierungssystem vorlegen.

Im Übrigen, so der Abgeordnete Lindner, hätten die Koalitionsfraktionen gemäß Koalitionsvertrag die Landesregierung beauftragt, ein neues Finanzierungssystem zu entwickeln. Eckpunkte, wie dieses System aussehen solle, seien bekannt. Eine Festlegung in Richtung Pauschalierung oder tatsächlich entstehender Kosten gebe es noch nicht. Seine Fraktion habe ihren Klärungsbedarf angemeldet und gehe davon aus, dass den Wünschen Rechnung getragen werde. Die parlamentarische Beratung werde mit Sicherheit spannend.

Britta Altenkamp (SPD) gibt zu bedenken, bereits Ende der letzten Legislaturperiode sei deutlich geworden, dass es auf jeden Fall eine Veränderung des GTK geben werde. Ursächlich hierfür gewesen seien eine Verständigung zur offenen Ganztagsgrundschule, der U3-Betreuung und des TAG. Sei es zutreffend, dass es noch vor der Sommerpause einen Referentenentwurf geben werde? Eine GTK-Novelle ließe sich nicht alleine auf der Grundlage eines Expertengesprächs en passant realisieren. Zu den von der Landesregierung vorgeschlagenen Inhalten werde es eine breite Diskussion geben müssen. - **Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich (MGFFI)** antwortet, die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen. Sie bitte um Verständnis dafür, dass sie aktuell noch nichts zum Fahrplan der Landesregierung sagen könne.

7 **Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (1. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

Ausschussprotokoll 14/137

Ausschussvorsitzende Andrea Milz erinnert an ihren Hinweis zu Beginn der Sitzung, dass der Hauptausschuss bereits vorbehaltlich eines Votums des hiesigen Ausschusses abgestimmt habe.

Michael Solf (CDU) spricht sich für ein Votum des AGFI aus, ohne vorher noch einmal die Pro- und Contra-Positionen gegeneinander abzuwägen.

Der **Gesetzentwurf** der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/569 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion in Abwesenheit der Grünen-Fraktion **angenommen**.

